



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petit-Druck 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 90. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Treves.

Freitag, den 22. Februar 1867.

Deutschland.

Berlin, 21. Februar. [Militärisch.] Se. Majestät der König hat dem Major a. D. Freiherrn v. Wittamer, bisher aggregiert dem Pommer'schen Infanterie-Regiment (Västergötische Infanterie) Nr. 5 und commandirt als Adjutant beim General-Commando des 6. Armee-Corps, dem herzoglich Braunschweig'schen Hauptmann Koch im Leib-Bataillon, dem Sanitäts-Rath Dr. Hasse zu Breslau, dem Stabsarzt Dr. Becht vom Jäger-Bataillon Nr. 11 und dem pensionirten Steuer-Einnehmer Jesch zu Lubbenau im Kreise Calau den rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Ober-Steuer-Inspector, Steuer-Rath Kreuzhner zu Glogau, dem Sanitäts-Rath Dr. Eduard Heymann zu Berlin, dem praktischen Arzt Dr. Reichelt zu Breslau, dem Arzt der Hamburg-Amerikanischen Paket-Schiff-Reederei, Dr. Franz Geisler zu Hamburg und dem Post-Secretär A. D. Voeding zu Bremen den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, dem pensionirten Steuer-Aufsichtsrath zu Riesenburg, im Kreise Rosenberg in Westpreußen, dem herzoglich Braunschweig'schen Hof-Fourier Schradter zu Braunschweig und dem Feldbatter Oberlehrer zu Heidesheim, im Kreise Greunach, das allgemeine Ehrenkreuz, sowie dem Eigenthümer und Handelsmann Josef Loeb zu Leutesdorf, im Kreise Neuwied, die Rettungs-Medaille am Bande verliehen; den Kreisgerichts-Rath Hilbert in Wehlau und den Kreisrichter Hildebrandt in Memel zu Stadtschlichtern-Räthen bei dem Stadtgericht zu Königsberg i. Pr.; sowie den seitberigen Superintendents Richter in Glogau zum Consistorial-, Regierungs- und Schul-Rath in Pommern zu ernennen.

[Veranlagung.] Zu Schnege, im ehemaligen Kurfürstenthum Hessen, wird am 20. d. Mts. eine Telegraphen-Station mit beschränktem Tagessperrdienst eröffnet werden. Der Dienstbetrieb derselben wird durch die Bestimmungen der Telegraphen-Ordnung für den deutsch-österreichischen Telegraphen-Bereich geregelt.

Das 14. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 6550 die Verordnung, betreffend die Anstellung der Justizbeamten in den neu erworbenen Landestheilen, vom 8. Februar 1867; und unter Nr. 6551 den Vertrag zwischen Preußen und Schwarzburg-Sondershausen wegen der Anlage einer Eisenbahn von Nordhausen nach Erfurt, vom 21. Dezember 1866.

Der Privatdocent Dr. Carl Justi in Marburg ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät daselbst ernannt worden. — Der Privatdocent Dr. Adolf Ballner in Bonn ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät daselbst ernannt worden. — Der Baumeister Kaske zu Breslau ist zum königlichen Kreisbaumeister ernannt und demselben die Kreisbaumeisterstelle zu Sensburg verliehen worden.

Berlin, 21. Februar. [Se. Majestät der König] trafen gestern gegen 11 Uhr Abends mittelst Ertragzuges von Dresden hier wieder ein und wurden am Bahnhofe durch den Gouverneur, Staats-Commandanten und Polizei-Präsidenten empfangen.

Heute nahmen Se. Majestät der König militärische Meldungen an, bei denen sich unter Anderen der General-Lieutenant z. D. Graf von Dönhoff, Oberst z. D. Graf zu Solms-Laubach, die Obersten von Benckhardt und von Hartmann und der Fürst Lichnowsky betheiligten. Se. Majestät der König nahmen die Vorträge des Kriegsministers und des Militär-Cabinetts entgegen.

[Se. Königliche Hoheit der Kronprinz] empfing im Laufe des 18. Februars den Major von Hund, vom Preussischen Festungs-Artillerie-Regiment Nr. 1, den Grafen von Reventlow und den General-Intendanten von Hülsen. Um 1 Uhr wohnte Se. Königliche Hoheit mit Ihrer Königlichen Hoheit der Kronprinzessin der Einweihung des neuen israelitischen Waisenhauses in der Dramenburgerstraße bei.

(St.-Anz.)

[Erklärung gegen Reichensperger.] In den „Rheinischen Blättern“ wird folgende Erklärung veröffentlicht: Die Verurtheilungen der rheinischen Justizpflege seitens des Obertribunalraths Reichensperger in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. Februar d. J. nöthigen uns, da solche von keiner Seite die verbundene sofortige Erwiderung gefunden haben, folgende Erklärung abzugeben: So sehr Herr Reichensperger seine genaue Wissenschaft nicht verhehlt, so enthält seine ganze Behauptung fast so viel Unwahrheiten als Worte. Er hat nicht zu behaupten gewagt, daß die Urtheile in den in die dritte Instanz gelangten rheinischen Processen, welche ihm in seiner Eigenschaft als Mitglied des rheinischen Senats des Obertribunals zu Gesicht gekommen, seine absprechende Kritik hervorgerufen. Als alleinigen Grund seiner Wissenschaft giebt vielmehr Herr Reichensperger an: daß er 15 Jahre lang am Coblenzer Gericht gestanden und in mannigfacher Verbindung mit den Richtern des Justiz-Senats gewesen sei. Abgesehen davon, daß die Function als Rath beim Landgericht in Coblenz noch nicht die Befähigung zur Beurtheilung über die rheinische Justizpflege gewähren dürfte, hat Herr Reichensperger schon vor 1850 Coblenz verlassen. Seit 1850 ist aber im rheinischen Justiz-Senat nicht nur eine völlige Veränderung der Organisation der Behörden für die Justiz, sondern auch die freiwillige Gerichtsbarkeit, sondern auch ein fast totaler Wechsel des gesamten Richterpersonals eingetreten. Die Beobachtungen des Herrn Reichensperger aus älterer Zeit konnten also keine ausreichende Grundlage bilden, um über den jetzigen Zustand der rheinischen Justizpflege ein so abschließendes grundloses Urtheil zu fällen. Herr Reichensperger sagt: „Die Rechtspflege im Gebiete des Justizsenats sei seit 20 bis 30 Jahren immer Gegenstand der Klage auch beim rheinischen Provinzial-Landtage gewesen.“ Hier scheinen die Quellen des Herrn Reichensperger mindestens sehr ungenau oder mißverständlich zu sein. Bei dem Provinzial-Landtage haben zwar wiederholte Beschwerden über die veraltete und veraltete Particular-Gesetzgebung geschwebt, denen inzwischen die Staats-Regierung auf das Bereitwilligste abgeholfen hat. Auch haben in früheren Jahren Beschwerden über die Organisation der Justiz-Behörden zu Verhandlungen am Provinzial-Landtage Veranlassung gegeben; aber auch diese An gelegenheit ist zu allerleier Zufriedenheit längst geordnet. Daß die hiesige Rechtspflege, die Urtheilsfällung in Civilprocessen namentlich, zu den behaupteten Klagen Veranlassung gegeben habe, ist völlig unwahr. Herr Reichensperger sagt: „Der Civilproceß im Gebiete des Justizsenats sei eigentlich der alte Kurtrier'sche gewesen; derselbe sei schließlich in Vergeßlichkeit geraten und man habe nicht mehr gewußt, was Rechtens sei.“ Zunächst hat nur etwa der sechste Theil des Justizsenats-Bereichs zum Kurfürstenthum Trier gehört; in den übrigen 5/6 haben Kurtrier'sche Proceßgesetze niemals gegolten. Im Uebrigen ist es richtig, daß die Kurtrier'schen Proceßgesetze längst, ehe einer der Unterzeichneten Mitglied des Justizsenats geworden, völlig außer Gebrauch gekommen sind; sie theilen dieses Schicksal mit vielen anderen nicht mehr zutragenden alten Gesetzen und das Publikum kann sich dazu nur Glück wünschen. Endlich legt Herr Reichensperger seiner Kritik die Krone auf durch die Behauptung, „weil man nicht mehr gewußt, was eigentlich Rechtens sei, habe man eine kleine Schrift von Hertel als Anhaltspunkt benutzt, da diese aber unzureichend gewesen, sei bei jeder Gelegenheit auf die allgemeine Gerichtsordnung zurückgegangen worden.“ Wir fürchten nicht, daß dieser den gesamten Richter eines Appellationsgerichts-Bereichs entgegengebrachte Vorwurf der größten Ignoranz und Willkürhaftigkeit bei irgend einem verständigen Menschen Glauben finden könnte. Die dürftige und längst veraltete Schrift von Hertel über die rheinische Gerichtsverfassung ist für die Judicatur von keinem Werthe mehr. Die preussische Gerichtsordnung hat hier keine Gesetzeskraft und kann selbstverständlich bei der Abfassung hiesiger Urtheile keine andere Berücksichtigung finden als ein außerpreussisches Gesetzbuch. Die Bestimmungen der Proceß-Novelle vom 21. Juli 1849 sind theilweise altpreussischen Verordnungen entnommen; auf die letzteren ist zuweilen bei der Interpretation einzelner Bestimmungen der Novelle zurückgegangen worden. Insofern bestand der Kern mehrerer Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Justizsenat und dem rheinischen Senat des Obertribunals eben darin, daß der letztere die Bestimmungen der preussischen Proceßgesetze in einem erheblich weiteren Umfang herangezogen wissen wollte, als der Justizsenat dies für zulässig erachtete. Man hat hier in judicando stets daran festgehalten, daß das bisherige gemeine und Particular-Recht so lange die einzige Richtschnur für unsere Urtheile bleibe, als es nicht durch ein neues preussisches Gesetz aufgehoben oder abgeändert worden. Wenn Herr Reichensperger fürchtet, daß hiesige Zustände auch auf die annectirten Länder ausgebeugt werden möchten, so mag er sich beru-

bigen. Die hiesige Gesetzgebung mag noch manche Verbesserung zulassen; in pflichtgetreuer und gründlicher Rechtspflege steht unser Bezirk hinter keinem anderen, weder in den altpreussischen Provinzen, noch in den Rheinlanden, noch in den jüngst annectirten Ländern zurück. Ehrenbreitstein, den 15. Februar 1867. Director und Räte des königlichen Justizsenats: v. Schwarzkoppen, Hofman, Dopfer, Gallentamp, Brünning, Freusberg.

[Die freie conservative Richtung.] Folgendes geht der „Kreuzzeit.“ zum Ausdruck zu: Diejenigen Herren Abgeordneten zum Reichstage des norddeutschen Bundes, welche der freien conservativen Richtung angehören, werden ersucht, Sonnabend, den 23. Februar, Nachmittags 6 Uhr, zu einer Vorbesprechung im Hotel de Rome, zusammenzutreten. — Herzog v. Ujest. Herzog v. Ratibor. Graf Bethusy. Graf Renard.

[Berufung.] Wie die „N. Z.“ hört, ist Professor Pauli, der in Folge des bekannten Vorgehens der württembergischen Regierung wegen eines Aufsatzes in den „Preussischen Jahrbüchern“ seine Stellung in Tübingen verloren, als ordentlicher Professor der Geschichte nach Marburg berufen worden.

[Die Zeitungsnachrichten über das Befinden des Herrn Ministerpräsidenten] sind nach der „Zeidler'schen Correspondenz“ übertrieben. Trotz der außerordentlichen Anhäufung von Arbeiten, die in den letzten Tagen zur Erledigung kommen mußten und welche eine Affection der Nerven des Grafen Bismarck erklärlich machen würden, ist von einem nervösen Leiden, wie die Zeitungen wissen wollen, keine Rede. Der Minister leidet an einem rheumatischen Zufalle, der in der jetzigen Jahreszeit weder etwas Seltenes noch Auffallendes ist.

* [Die Portofreiheit] ist den Abgeordneten zum Reichstage in demselben Maße zugesprochen, wie den Mitgliedern des preussischen Abgeordnetenhauses.

— Berlin, 21. Febr. [Die Fraktionsbildung. — Die Präsidentenwahl. — Wahlacten.] Die ersten Schritte zur Fraktionsbildung im Reichstage gehen also von den Conservativen aus; die „Kreuzzeit.“ bringt zwei Einladungen von einer Gruppenbildung — einer „freien“ und einer anderen, also wie es scheint unfreien conservativen Richtung. Im Grunde gehören die Unterzeichner einerseits der äußersten Rechten des Abgeordnetenhauses, andererseits der Fraction Bethusy-Huc unter Beirath der Herzoge von Ratibor und von Ujest an, welche im Herrenhause zu den vermittelnden Elementen gehören. (S. unten.) Im Großen und Ganzen werden jedoch beide Fraktionen eine Einheit bilden. Auf liberaler Seite erwartet man eine minder nuancirte Gruppierung, man will eine große national-liberale Fraction bilden, und das, was man über die Grenzen des Programms bis jetzt erfährt, läßt erwarten, daß sich alle liberalen Elemente auf dem Boden desselben vereinigen werden, etwa in der Art wie die Coalition der Fraction Grabow zur Zeit der neuen Aera zu Stande kam. Wie weit es richtig ist, daß ein Compromiß zwischen auswärtigen Capacitäten der altliberalen Partei und vorgeschrittener Liberaler angebahnt ist, bleibt abzuwarten. — In einzelnen Localblättern, welche hier und da officiële Mittheilungen empfangen, ventilirt man bereits die Frage über die Zusammensetzung des zukünftigen Reichstagspräsidiums. Es ist wohl für jetzt nur ein Fühler, wenn in jenen Blättern gesagt ist, daß Augenmerk richtete sich von conservativer Seite für den Präsidentenstuhl auf den Fürsten Solms-Lohensein. Es ist der Präsidenten der Herrencurie resp. des gesammten vereinigten Landtages von 1847 und 1848. Wird, wie zu hoffen steht, heute in Elberfeld Max v. Forckenbeck gewählt, so hat wohl die Regierung selbst guten Grund, die Wahl dieses so bewährten Präsidenten zu wünschen, und es würde, falls die Conservativen dies wollen, dafür eine sehr bedeutende Majorität erzielt werden. Fürst Solms ist übrigens ein streng constitutioneller Mann, auf dessen Wahl sich die Liberalen auch wohl vereinigen könnten, doch ist auch von Simon vielfach die Rede gewesen. — Die erste Sitzung des Reichstages wird wohl erst am Montag stattfinden, und da nur die ersten einleitenden Geschäfte vorzunehmen sind, von nur sehr kurzer Dauer sein. Es gehen übrigens schon die Wahlacten im Bureau des Reichstages ein; auch das stenographische Bureau ist bereits organisiert, in letzterem haben die besten Kräfte des Bureaus des Abgeordnetenhauses und einige Gelehrten der stenographischen Akademie in Dresden Platz gefunden. — Die öffentlichen und Staatsgebäude werden am 24. mit Flaggen geschmückt sein.

△ △ Hamburg, 20. Febr. [Eidesleistung. — Aus Schleswig-Holstein.] Sämmtliche von dem preussischen Ober-Postamt und der preussischen Ober-Telegraphen-Behörde übernommenen ehemaligen hannoverschen und schleswig-holsteinischen Post- und Telegraphenbeamten haben gestern vorchriftsmäßig den Dienst geleistet. — Das „Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein“ veröffentlicht heute eine Bekanntmachung, nach welcher die Aushebungen für die Drogenslotte in Nordschleswig in sehr naher Zeit ihren Anfang nehmen werden. Dieses Factum spricht in Gemeinschaft mit der Anordnung des schleswig-holsteinischen Ober-Präsidenten, betreffend die Eidesleistung abseiten sämtlicher nordschleswigischer Communalbeamten, gegen die von den Dänen bereits so nahe gewählte Rücklieferung nordschleswigischer Gebietstheile an Dänemark, was gewiß sehr erfreulich ist. — Wie bestimmt verlautet, sind von einem solchen gebildeten Kieler Comité bereits Schritte eingeleitet worden, um die deutschen Parlaments-Abgeordneten der Herzogthümer aus freiwilligen Volksmitteln zu entschädigen, falls die Regierungen des norddeutschen Bundes sich nicht veranlaßt sehen sollten, den Abgeordneten zweifelhafte Diäten zu bewilligen.

Hannover, 20. Febr. [Verhaftung. — Dank.] Der Adjutant des Prinzen Ernst August, v. Klenke, der von Wien mit einer Mission an die Königin Marie abgeschickt war, wurde gestern Abend, als er den Eisenbahnzug verlassen wollte, auf dem Bahnhofe zu Nordstemmen verhaftet und sein Gepäck mit Beschlagnahme belegt. Man scheint vermuthet zu haben, daß derselbe preussische Flugblätter, deren Golportage im hannoverschen jetzt wieder zu beginnen scheint, mit sich führe. Der Verdacht muß sich aber nicht bestätigt haben, denn der Verhaftete, der in der Nacht im Offiziersarrestzimmer auf der Marktwache detinirt ward, wurde heute Früh wieder entlassen und seiner Fahrt nach der Marienburg kein Hinderniß in den Weg gelegt. Der Pastor Nicolaßen zu Fischebude, der wegen Verbreitung von Proclamationen des Königs Georg nach Minden gebracht war, ist von dort wieder entlassen und zu seiner Gemeinde zurückgeführt. — Nachdem das Erbschaftsgeschäft im hannoverschen beendet ist, hat das Generalgouvernement sämtlichen hannoverschen Verwaltungsbeamten, welche dabei mitgewirkt haben, für die von ihnen bewiesene Hingebung an die ihnen gestellten schwierigen Aufgaben, und für die Gewandtheit, mit welcher

sie die Vorschriften der Erbschaftsinstruction den hiesigen Verhältnissen anzupassen verstanden haben, seine volle Anerkennung ausgesprochen. (N. Z.)

Münster, 19. Febr. [Aufhebung von Verboten.] Die Regierungs-Commission, welche unlängst auf einmal dreizehn polizeiliche Verbote aus der guten Zeit des Mißregierens im Einverständnis mit dem Bezirksrath (unserem Analogon der preussischen Kreisstände) aufgehoben, hat nunmehr auch die aus dem Jahre 1854 datirenden Beschränkungen bezüglich des Mühlenbaurechtes zwischen den Aemtern Norderberg und Obernkirchen einerseits und den hannoverschen Grenzbezirken andererseits (mit Ausnahme zweier hannoverscher Kornmühlen, deren Bannrecht noch nicht abgelöst ist) nach beiderseitigem Einverständnis beseitigt. So fällt eine hemmende Verkehrs-Schranke nach der andern. (N. Pr. Z.)

München, 19. Febr. [Keine Ministerkrise.] Bei der Energie, mit welcher Fürst Hohenlohe vorzugehen liebt, kann es ihm nicht an Gegnern fehlen, welche, da ihnen Ausführung seines Programms und Aufgaben der bayerischen Souveränität für gleichbedeutend gilt, es für Pflicht erachten, jede günstige Gelegenheit zum Widerstande gegen ihn ausgiebig zu benutzen. Aus der Stellung seiner hervorragenden Opponenten am und zum Hofe glauben dann Andere bei jedem gelegenen Vorkommen auf einen für den Fürsten ungünstigen Erfolg schließen zu dürfen. So ist vor einigen Tagen unter den Ministern über eine Frage untergeordneter Bedeutung eine Meinungsdivergenz entstanden, die nicht sofort ausgeglichen wurde, die aber heute bereits als — Ministerkrise erklärt und verkündet wird! Sämmtliche Minister bis auf einen oder zwei sollen ihre Entlassung angeboten haben, während bis zur Stunde wenigstens keiner es gethan hat und der vorübergehende Zwist wohl schwerlich mit einer Ministerkrise enden dürfte. Fürst Hohenlohe widerlegt die ausgebrochene Krise wohl am besten dadurch, daß er gestern und heute sämtliche Mitglieder beider Kammern zu dem großen Ball in seiner Amtswohnung am 27. einladen läßt. (N. Pr. Z.)

Oesterreich.

Wien, 20. Februar. [Die Wahlagitationen vor dem Landtage. — Ein Gewaltstreik gegen die Feudalen.] Verhandlungen über Wahlverifikationen pflegen sonst nicht sonderliches Interesse zu bieten; die in der heutigen Sitzung des niederösterreichischen Landtages gepflogenen Verhandlungen machen aber hiervon eine Ausnahme. Ich will davon absehen, daß wahrhaft unverschämte Beeinträchtigungen der lässlichen Wählerchaft durch k. k. Beamte constatirt wurden, selbst des Umstandes, daß man den Statthalter Grafen Chorinsky nöthigte, fast selbst zu gestehen, er habe sich aus übertriebenen Dienstleistungen hinarbeiten lassen, einen ganz und gar ehrenwerthen und maffelosen Mann in unqualifizirbarer Weise zu verdächtigen, will ich nicht Erwähnung thun. Solche Vorgänge sind nicht neu und ich weiß, daß auch anderswo Ähnliches vorkommt. Das Hauptinteresse concentrirte sich auf die Verifikation der Wahlen des Großgrundbesitzes, welche Dank der außerordentlichen Mäßigkeit des föderalistischen Grafen Belcredi und der Unterstützung von Seiten des Hofes in ihrer Mehrheit (13 von 15) feudal ausgefallen waren. Die verfassungstreuen Wähler hatten in den letzten Wahlen eine empfindliche Niederlage erlitten, die sie um so mehr schmerzte, als ihr Führer, der im Jahre 1861 mit Eintheiligkeit gewählte Baron Tinti, diesmal durchgefallen war. Nun können Sie sich vorstellen, wie gern der verfassungstreue Landesausschuß eine Gelegenheit eifrig, um drei feudale Wahlen zu annulliren und die Berechtigung des Freiherrn v. Tinti, im niederösterreichischen Landtage als gewählter Abgeordneter des Großgrundbesitzes zu erscheinen, zu proclamiren. Den Impuls zur Anfechtung von drei der dreizehn Feudalen gab eine von Wählern des Großgrundbesitzes eingereichte Eingabe, welche die Berechtigung des Bischofs Fessler von St. Pölten zum Wählen mit dem Großgrundbesitz aus dem Grunde bestritt, weil sich in der Landtafel nicht er, sondern die k. k. Domänenverwaltung resp. der Studienfond als Eigenthümer des Gutes Döhsenburg verzeichnet findet. Bischof Fessler erzählte nun ein Langes und Breites, wie er oder vielmehr das Bisthum in den Besitz des Gutes gekommen, daß er factisch im Besitz desselben sei u. s. w. u. s. w. Lebhaft unterstützte ihn der Statthalter, welcher großes Interesse daran hatte, die Sache möglichst zu vertuschen, da die Unordnungen in den Wahllisten des Großgrundbesitzes lediglich ihm zur Last fallen. Schon schwankte das Zünglein der Waage, zumal die Rechte mehr an den Liberalismus, an die Billigkeit ihrer Gegner appellirte, als Dr. Mühlfeld mit niederschnitternder Logik die sophistischen Einwendungen der Rechten entkräftete und den Beweis lieferte, daß die Wahlen des Großgrundbesitzes überhaupt durch den heillosen Wirrwarr der Wahllisten eigentlich alle noch einmal zu prüfen wären. Doch dieser der Gerechtigkeit entsprechende Antrag des Dr. Mühlfeld wurde verworfen und der Landtag bugbirt die feudalen Herren: Graf Springenfeld, Graf Wurmbbrandt und Abt Steiningner aus dem Saale hinaus und offerirte dem Baron Tinti einen leeren Landtagsstuhl. — Die Bestürzung der Feudalen war eine grenzenlose. Solcher Behandlung hatten sie sich doch nicht versehen.

Wien, 20. Febr. [Erzherzog Stephan †.] Es ist ein fast tragischer Zufall mit einer scharfen historischen Pointe, daß nach dem gestern aus Paris hier eingetroffenen Telegramm der letzte Palatin Erzherzog Stephan an demselben Tage in Mentone gestorben ist, an welchem wieder nach 18 Jahren ein ungarisches Ministerium ins Amt tritt. Der Erzherzog, geboren am 14. September 1817, hatte sich im Herbst schwer leidend von Wien nach Mentone begeben, dort in der Linderung suchend und die Kunde von seinem Tode trifft hier in einem Augenblicke ein, wo man dem weihnachtlichen, durch eine Art von Eil vom Nimbus eines Märtyrers umstrahlten Prinzen eine erhöhte Theilnahme zuzuwenden geneigt sein wird.

Wien, 20. Februar. [Der Statthalter von Ober-Oesterreich, Graf Taaffe,] ist gestern aus Linz nach Wien berufen und heute von Sr. Majestät in Gegenwart des Minister-Präsidenten Frhrn. v. Beust in längerer Audienz empfangen worden. Seine Ernennung zum Minister des Innern soll unmittelbar, wie man sagt schon für morgen, bevorstehen.

Wien, 20. Februar. [Der Kaiser. — Der Kronprinz von Italien.] Die „Presse“ erfährt aus verlässlicher Quelle, daß der Kaiser sich wahrscheinlich schon nächster Tage nach Pest begeben und bei dieser Gelegenheit dem ungarischen Ministerium den Amtseid abnehmen wird. In seinem Gefolge wird sich die Mehrzahl der hier domicilirten Magnaten befinden. Für die bevorstehenden Krönungs-Festlichkeiten werden in den ungarischen Adelkreisen bereits umfassende Vorbereitungen getroffen. — Entgegen verchiedenen Mittheilungen, welche in letzterer

